



FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpresse@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de

www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen

www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

20.10.2016

Pressemitteilung Nr. 17/888

Tonne: Fall Safia S. ist am richtigen Ort – Justiz und Sicherheitsbehörden haben gut gearbeitet

„Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen niedersächsischen Sicherheitsbehörden und Justiz hat zu schnellen Ermittlungserfolgen und zu Anklagen im Fall der IS-Terroristin Safia S. und Mohammad Hasan K. geführt“, macht der SPD-Obmann Grant Hendrik Tonne zum Auftakt des Prozesses gegen die Angeklagten beim Oberlandesgericht Celle deutlich.

„Die Fälle Safia S. und Mohammad Hasan K. sind damit am richtigen Ort, nämlich vor Gericht. Es ist nicht Aufgabe eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA), ein Parallelverfahren zu führen“, betont Tonne. „Da sind wir einer Meinung mit dem Präsidenten des OLG Celle.“

Die Forderung von CDU und FDP nach hunderttausenden vertraulichen und geheimen Aktenseiten sei ebenso abstrus, wie die Idee, Gerichtsakten parallel zum laufenden Prozess am OLG zu lesen und öffentlich erörtern zu wollen.

„Die Entscheidung des OLG von heute, selbst die Anklage unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu verlesen, macht deutlich, dass mit dem gesamten Vorgang sorgfältig und zurückhaltend umzugehen ist. Zwar hat das Gericht insbesondere den Schutz der minderjährigen Angeklagten im Blick, es zeigt sich aber, dass auch der Untersuchungsausschuss des Landtages gehalten ist, sensibel mit Informationen und Daten zu diesem Sachverhalt umzugehen“, sagt Tonne.

„Bundesinnenminister, Generalbundesanwalt und das Land wollen sensible Daten schützen. Nur im Untersuchungsausschuss des Landtages sollen solche Informationen nach dem Wunsch der CDU/FDP-Opposition öffentlich zu Markte getragen werden. Ein Verhalten, das die Sicherheitsinteressen des Landes, des Bundes und der Bürger in erheblichem Maße gefährden kann“, erklärt der SPD-Obmann im Untersuchungsausschuss abschließend.